

Mittwoch, 08. Januar 2025, Starnberger Merkur / Starnberger Merkur

Wer hat Chancen auf ein Mandat?

VON STEFAN REICH



In 46 Tagen wird ein neuer Bundestag gewählt. Der Wahlkreis Starnberg-Landsberg könnte danach mit mehr als zwei Personen in Berlin vertreten sein. Denn gleich mehrere Listenkandidaten haben durchaus Chancen auf ein Mandat.

Landkreis – Die Bundestagswahl rückt näher und langsam kristallisiert sich

heraus, wie die Wahlzettel im Wahlkreis Starnberg-Landsberg am Lech aussehen könnten. Sieben Parteien hatten bis einschließlich Dienstag der Kreiswahlleitung ihre Direktkandidaten gemeldet.

Die Bürger müssen sich auf ein enges Zeitfenster für die Briefwahl einstellen.

Kreiswahlleiter Maximilian Schuler

Die CSU schickt mit dem Bundestagsabgeordneten Michael Kießling den Wahlsieger von 2017 und 2021 erneut ins Rennen, die Grünen stellen Verena Machnik auf und die SPD hat erneut Carmen Wegge als Direktkandidatin nominiert, die nach der Wahl 2021 über die Landesliste der Sozialdemokraten erstmals den Sprung in den Bundestag geschafft hat. Die AfD hat Alexander Neumeyer nominiert, die FDP Paul Friedrich und die Freien Wähler Rolf Jürgen Hofmann. Für die Partei Volt wird Titus Muschik als Direktkandidat auf dem Wahlzettel stehen.

■ Sieben Vorschläge offiziell

Da Volt bisher nicht im Bundestag oder einem Landtag vertreten war, musste Muschik 200 Unterstützerunterschriften im Wahlkreis sammeln, um zugelassen zu werden. Diese Hürde müssen auch weitere Gruppierungen nehmen, bevor sie die Zulassung von Direktkandidaten beantragen können. Laut Kreiswahlleiter Maximilian Schuler, Sachgebietsleiter im Landratsamt Landsberg, haben im Wahlkreis diesmal bisher insgesamt 14 Gruppierungen Interesse bekundet, Direktkandidaten aufzustellen. Darunter ist auch die Werteunion, die erst seit 2024 als Partei besteht. Sie wirbt noch um Unterstützerunterschriften aus dem Wahlkreis, ebenso die Tierschutzpartei. Zwölf sogenannte Wahlkreisvorschläge gab es bei der Wahl 2021.

■ Folgen der Reform

Sollte nichts völlig Unerwartetes passieren, dürfte erneut Michael Kießling das Direktmandat holen. Er hatte 2021 mit 38,2 Prozent der Erststimmen einen klaren Vorsprung auf die damalige Grünen-Kandidatin Martina Neubauer (19,9 Prozent). Mit einem ähnlichen Resultat dürfte Kießling trotz der Wahlrechtsreform, in deren Folge gerade im Fall der CSU nicht mehr alle Direktkandidaten auch einen Sitz im Bundestag sicher haben, wieder ins Parlament einziehen. Spannender ist die Frage, wie viele Politikerinnen und Politiker aus dem Wahlkreis über die Landeslisten ihrer Parteien noch den Sprung nach Berlin schaffen könnten. Chancen bestehen für Verena Machnik und Carmen Wegge sowie für Prof. Ingo Hahn von der AfD und Simone Ketterl

vom Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Zumindest theoretisch hat auch Paul Friedrich von der FDP Chancen.

■ Die Listenkandidaten

Nach der Wahlrechtsreform ist die Größe des Bundestages künftig auf 630 Sitze festgesetzt. Überhang- und Ausgleichsmandate gibt es nicht mehr. Die Sitzverteilung erfolgt in drei Schritten. Zuerst wird die Verteilung der 630 Sitze auf die Parteien errechnet. Entscheidend ist der Anteil an den Zweitstimmen, die alle in den Bundestag gewählten Parteien zusammen geholt haben. Die Bundeswahlleiterin hat dazu eine Musterberechnung anhand der Ergebnisse von 2021 veröffentlicht: Damals wurden 46,8 Millionen gültige Zweitstimmen abgegeben. Davon entfielen 42,3 Millionen auf die sieben Parteien, die den Einzug schafften. Die SPD als stärkste Kraft hatte daran mit 11,9 Millionen Stimmen einen Anteil von 28 Prozent (Gesamtwahlergebnis: 25,7 Prozent). Damit hätte sie nach dem neuen Wahlrecht Anspruch auf 177 Sitze gehabt. 1,3 Millionen der Zweitstimmen für die SPD kamen aus Bayern. Damit würden 20 der 177 Sitze Genossen aus dem Freistaat zustehen. Dann noch angenommen, dass die SPD in Bayern erneut kein Direktmandat holt, würden diese Sitze alle an die ersten 20 Kandidatinnen und Kandidaten auf der SPD-Landesliste gehen. Carmen Wegge wurde vom Landesverband für die kommende Wahl auf Platz zwölf gewählt.

Ob das reichen wird, hängt weniger vom bundesweiten Abschneiden ab als von den Zweitstimmen für die SPD in Bayern. Dem Landesverband drohen laut Umfragen, ebenso wie der Bundes-SPD, deutliche Verluste. Zudem relevant wird sein, auf wie viele Parteien sich die Sitze verteilen. Wegges Chancen auf ein neuerliches Mandat könnten auch davon abhängen, ob es die FDP und das BSW, das die Uttingerin Simone Ketterl auf Platz zwei seiner Landesliste gesetzt hat, in den Bundestag schaffen.

Für die Grüne Verena Machnik geht die Modellrechnung so: Würde das Wahlergebnis ausfallen wie 2021, stünden den bayerischen Grünen nach dem neuen Wahlrecht 16 Sitze in Berlin zu. Machnik auf Platz 18 der Landesliste würde knapp leer ausgehen. Für die Grünen stellen die Umfragewerte derzeit in Bayern wie im Bund Ergebnisse knapp unter denen von 2021 in Aussicht. Auch hier gibt es Unwägbarkeiten wie die Gesamtzahl der Parteien im nächsten Bundestag. Chancenlos ist Machnik nicht.

Ingo Hahn, der für die AfD im Starnberger Kreistag und im Landtag sitzt und

am 23. Februar als Bundestags-Direktkandidat im Wahlkreis Miesbach antritt, wäre nach der Modellrechnung als 16. der Landesliste nicht dabei. Der bayerischen AfD stünden mit einem Ergebnis wie 2021 nur zehn Sitze zu. Allerdings kann sie laut Umfragen mit deutlichen Zugewinnen rechnen. Auch Hahn ist also nicht chancenlos im Rennen um ein Bundestagsmandat.

Paul Friedrich wurde auf Platz 14 der FDP-Landesliste gewählt. Die bayerische FDP käme auf zwölf Sitze in Berlin, würde sie ihr Ergebnis von 2021 wiederholen. Doch von den 11,5 Prozent im Bund und 7,7 Prozent in Bayern ist sie in aktuellen Umfragen weit entfernt.

■ **Der weitere Fahrplan**

Noch bis 20. Januar können Landeslisten und Wahlvorschläge, also Direktkandidaturen in den Wahlkreisen, angemeldet werden. Dann beginnen mehrere Prüf- und Widerspruchsfristen. „Der tatsächliche Druck der Stimmzettel kann wohl am 1. oder 2. Februar beginnen“, sagt Kreiswahlleiter Schuler. Erst wenn die Stimmzettel gedruckt und an die Gemeinden verteilt sind, können auch Briefwahlunterlagen ausgegeben werden. „Die Bürger müssen sich auf ein enges Zeitfenster für die Briefwahl einstellen“, kündigt Schuler an.